

# »Der Deckel muss weg, sonst kocht's über!«

Krankenhausmitarbeiter sind an ihrem Limit angelangt



Die Betriebs- und Personalräte des 5-K-Krankenhausverbundes versinnbildlichen ihre Aufforderung „Der Deckel muss weg!“.

Foto: sse

Neumünster (sse). Im Rahmen der Kampagne „Über(das) Leben im Krankenhaus“ schütteten knapp 20 Betriebs- und Personalräte des 5-K-Krankenhausverbundes an die 10.000 Deckel und Kronkorken mitten auf Neumünsters Großflecken. Bildhaft sammelten sie diese getreu dem Motto „Der Deckel muss weg“ per Hand wieder auf und warfen sie in eine Tonne, die vom technischen Betriebszentrum entsorgt wurde.

„Das hier ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit und nicht unsere erste Aktion. Bereits seit Februar versuchen wir damit die Regierung zu erreichen“, erklärt Matthias Stecher, Betriebsratsvorsitzender der Westküstenkliniken Brunsbüttel und Heide.

Zahlreiche Kliniken kämpfen derzeit mit steigenden Energiepreisen und Mehrkosten durch den medizinischen Fortschritt, der eine

bessere Patientenversorgung gewährleisten soll – doch mehr Geld bekommen die Häuser nicht. Seit Jahren dürfen die Krankeneinnahmen nur nach Vorgabe des Gesetzgebers steigen, was zur Folge hat, dass die Steigerungsrate seit 2003 eine Null vor dem Komma hat.

Die Folge davon ist die Einsparung an Personal. „Krankenschwestern müssen heute 25 Prozent mehr Patienten als noch vor zehn Jahren versorgen, zusätzlich fehlen 10 Prozent an Pflegekräften“, so Stecher zu den Missständen. „Es ist schon so weit, dass jedes 5-K-Krankenhaus ein Wiedereingliederungsmanagement für Mitarbeiter eingerichtet hat. Burn-out-Betroffene und Langzeitkranke werden bei uns in Exceltabellen verwaltet. Das Hamsterrad dreht sich immer schneller und schneller!“

Stecher sieht nur eine Möglich-

keit dem ganzen zu entkommen. Es muss sich etwas ändern und zwar bald, denn „sonst müssen die Krankenhäuser Konkurs anmelden.“

Vier Forderungen werden daher an die Bundesregierung gestellt: Kosten- und Tarifsteigerungen müssen in die Preise für Krankenhausleistungen einbezogen werden und in allen Bundesländern einheitlich sein. Betriebskosten müssen bedarfsgerecht ermittelt werden. Personalstandards müssen eingeführt und für alle Berufsgruppen festgelegt werden. Außerdem muss die Möglichkeit bestehen, bedarfsgerechte Investitionen zu tätigen.

„Ich hoffe, dass die Politiker langsam auf uns aufmerksam werden und den Krankenhäusern zu Hilfe kommen und nicht weiterhin Gesetze verabschieden, wo wir auf der Strecke bleiben“, so Matthias Stecher abschließend.